

# Hohenstein-Ernstthal-Tagungsblatt

## Anzeiger

**Ersteinst**  
jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und  
kostet durch die Austräger pro Quartal Mk. 1,55  
durch die Post Mk. 1,92 frei in's Haus.

**Inserate**  
nehmen außer der Expedition auch die Austräger auf  
dem Lande entgegen, auch befördern die Annoncen-  
Expeditionen solche zu Originalpreisen.

**Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Lugau, Gernsdorf, Bernsdorf,  
Langenberg, Falken, Langenchursdorf, Meinsdorf, Ruffdorf, Wüstenbrand, Gröna, Mittelbach, Ursprung, Erlbach,  
Kirchberg, Pleiße, Reichenbach, Callenberg, Trischheim, Ruchsnappel, Grumbach, St. Egidien, Hüttengrund u. s. w.**

## Amtsblatt

für das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.  
**Organ aller Gemeinde-Verwaltungen der umliegenden Ortschaften.**

Nr. 239.

Sonntag, den 14. Oktober 1906.

56. Jahrgang.

Wegen Reinigung der Geschäftsräume können  
**Freitag, den 19. und Sonnabend, den 20. Oktober 1906**  
nur **dringliche Sachen** erledigt werden.

Hohenstein-Ernstthal, am 11. Oktober 1906.

**Königliches Amtsgericht.**

### 16. öffentliche Stadtverordneten-Sitzung

Dienstag, den 16. Oktober 1906, abends 8 Uhr

im Sitzungssaal des Rathauses.

Hohenstein-Ernstthal, am 13. Oktober 1906.

**G. Reddlob, Stadtverordneten-Vorsteher.**

Ang.

#### Tagungsordnung:

1. Bewilligung von Kosten für die Verlegung des Kaiser-Wilhelm-Denkmal.
2. Bauvorschriften für die Aue und Feldstraße.
3. Wahl von 3 ordentlichen und 3 stellvertretenden Mitgliedern für die Einkommensteuer-Einschätzungskommission.

Der am 30. September l. J. fällige 2. Termin der Einkommen- sowie Ergänzungsteuer ist nebst dem Beitrag zur Handels- bez. Gewerbesteuer spätestens bis zum 22. Oktober d. J. zu leisten.

ferner der am 1. Oktober l. J. fällige 2. Termin der Immobilienbrandkassenbeiträge nach 1 Bg. für die Einheit längstens bis zum 15. Oktober d. J. zu leisten.

sowie der zu Michaelis fällige 3. Termin der Land- und Landeskulturrenten bis zum 8. Oktober d. J. zu leisten.

an die hiesige Stadtsteuereinnahme abzuführen.  
Nach Ablauf dieser Fristen muß gegen die Säumigen sofort das Zwangsvollstreckungsverfahren eingeleitet werden.

Stadtrat Hohenstein-Ernstthal, am 29. September 1906.

**Dr. Volkner, Bürgermeister.**

We.

Die Wassersteuer und die Elektromotorensteuer auf die Monate Juli bis mit September 1906 sind spätestens bis zum 23. Oktober 1906

zur Vermeidung der zwangsweisen Beitreibung an unsere Stadtsteuereinnahme, Rathaus, Zimmer Nr. 5, abzuführen.

Stadtrat Hohenstein-Ernstthal, am 9. Oktober 1906.

**Dr. Volkner, Bürgermeister.**

We.

## Der Kaiser und Fürst Bismarck.

Gelegentlich der Besprechungen der Hohenlohe'schen Denkwürdigkeiten hatten die „Hamb. Nachr.“ das Organ des Fürsten Bismarck, gemeldet, der Kaiser habe den Kanzler bei einer Fahrt im Jahre 1889 nach einem Gespräch über Rußland plötzlich zum Verlassen des Wagens veranlaßt. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erklärte dies für eine Fabel, während das Hamburger Blatt seine Behauptung aufrecht erhielt. Jetzt veröffentlicht der „Hann. Kur.“ über den Vorgang eine Darstellung, die von einem Gewährsmann herrühren soll, der sich auf direkte Mitteilungen Bismarck's beruft:

„Der Vorgang, den die „Hamb. Nachr.“ im Auge haben, knüpft an ein ganz bestimmtes Datum an, an die Abreise des Kaisers Alexander III. von Rußland aus Berlin vom 13. Oktober 1889. Nach der Abreise des russischen Kaisers lud unter Kaiser den Fürsten Bismarck, der zur Verabschiedung auf dem Bahnhof anwesend gewesen war, zu sich in den Wagen, um ihn zum Reichskanzlerhaus zu führen. Der Kaiser knüpfte alsbald an ein Gespräch an, das er mit dem Reichskanzler vor der Ankunft des russischen Kaisers gehabt hatte. Die Wiederholung des Inhalts gehört nicht hierher. Des Weiteren teilte der Kaiser dem Fürsten u. a. mit, daß er die Abreise hätte, dem Kaiser Alexander zu machen. Bismarck erwiderte hiergegen das Bedenken, ob ein längerer Jagdausflug in dem räumlich sehr beschränkten Jagdhaus von Salsburg nicht den Lebensgewohnheiten des Kaisers Alexander zuwiderlaufen und somit dem beabsichtigten Zweck der Verabschiedung der persönlichen Beziehungen abträglich sein möchte. Unter dem Austausch d'ifferenzen der Anstalten über diesen Gegenstand war man vor dem Reichskanzlerhaus angekommen, der Kaiser, der ursprünglich wohl die Abreise gehabt haben möchte, die Unterredung im Reichskanzlerhaus fortzusetzen, für bestimmt in das Schloss. Der Kaiser hat also nicht, wie man nach den „Hamb. Nachrichten“ annehmen möchte, den Wagen „eines Tages“ plötzlich auf der Straße halten und den

Reichskanzler „aussteigen lassen“, sondern der Vorgang hat sich in äußerlich durchaus korrekter Form vollzogen.“

Die Prager „Bohemia“ hatte die Nachricht verbreitet, daß der Unmut des Kaisers über die Veröffentlichung der Memoiren Hohenlohe's daher rühre, daß die Familie Hohenlohe den Antrag, die Memoiren um drei Millionen Mark befußt Unterdrückung zu kaufen, abgelehnt habe. Prinz Alexander Hohenlohe teilt dem Blatte darauf mit, daß die Nachricht von Anfang bis zu Ende unsinnig und erfunden sei.

Wenn im übrigen in einzelnen Blättern der Standpunkt vertreten wird, für die Familie Bismarck sei jetzt der Zeitpunkt für die Veröffentlichung des 3. Bandes der „Gedanken und Erinnerungen“ gekommen, so darf dem entgegengehalten werden, daß ein solches Vorgehen dem Sinne des verehrtesten Reichskanzlers am wenigsten entsprochen haben würde. Nach welchem Grundsatze Bismarck bei ähnlichen Veröffentlichungen, wie den Hohenlohe'schen zu verfahren pflegte, lehrt ein Brief, der im Vorwort von Poschinger's „Bismarck zur Bismarck-Pyramide“ abgedruckt ist und dessen Inhalt wir hier vollständig wiedergeben. Unter dem 10. Dezember 1895 schrieb der Reichskanzler aus Friedrichsruh an Dr. Horst Kohl:

„Gehörter Herr Doktor!  
Ich bin damit einverstanden, daß Sie meine Ihnen zugänglichen Briefe an den General von Gerlach nach dem Texte der Originale omnia omittenda nach Ihrem Ermessen herausgeben. Stellen die noch lebenden Leute oder deren Familien mit Recht verlangen könnten, müssen natürlich zurückgedrückt werden.“

von Bismarck.“  
Somit dürften sich die Hoffnungen auf weitere „Sensationen“ aus der Verbeizung des Reiches und aus der Zeitperiode von Bismarck's Entlassung schwerlich erfüllen.

## Aus dem Reich.

### Der Kampf der weimarschen Regierung mit dem Landtag

Ist wirklich zu Ungunsten der Regierung ausgegangen. Aus Weimar wird nämlich berichtet: Der vorgestern verfallene Landtag beschloß am Freitag nach vierstündiger Debatte mit 17 gegen 13 Stimmen die Annahme des veränderten Ausschufantrages, welcher nunmehr lautet: „Der Landtag wolle die Regierungsvorlage ablehnen und die großherzogliche Staatsregierung ersuchen, den Staatsvertrag mit der fürstlich russischen Regierung betr. die Gerichtsgemeinschaft mit Gera zu erneuern.“ Der Antrag Collenbusch, welcher auf Annahme der Regierungsvorlage unter der Bedingung der Errichtung eines vierten Amtsgerichtes im Neustädter Kreise hingielte, war dadurch gegenstandslos geworden und die Regierungsvorlage gefallen. Minister Roth verteidigte die Regierungsvorlage nochmals, doch ohne Erfolg. Die Tribünen waren vom Anfang bis zum Schluß überfüllt. In der Hofloge wohnte der sächsische Gesandte v. Reichenstein den Verhandlungen bei.

### Vom Pfarrer Gaisert.

Der von der Freiburger Strafkammer wegen verurteilter Meitnerverleitung zu 1 Jahre Zuchthaus verurteilte katholische Pfarrer Gaisert von Glindebelwangen läßt nach wie vor seine seelsorgliche Tätigkeit aus. Er hat zwar Revision aus formalen Gründen gegen das Urteil eingelegt. Badi'sche Blätter meinen jedoch, die Kurie hätte alle Ursache, die sofortige zeitweilige Amtsenthebung bis auf weiteres zu verfügen. Wir meinen, es entspricht einer mütigen Erkenntnis vom Werte solcher Persönlichkeit, wenn die Freiburger Kurie den Pfarrer Gaisert bis zum äußersten hält. Im übrigen ist es nicht Sache von Segnern der Klerisei, ihr eine unaussprechliche Blamage durch gütliches Zureden zu ersparen. Schließlich aber begreifen wir nicht, wes-

halb die Strafkammer nicht sofort nach der Verurteilung die Inhaftnahme des zu entweichender Strafe Verurteilten ausspricht. Liegt der Gedanke nicht nahe, daß der Ultramontanismus den Gaisert in irgend einem ausländischen Kloster verschwinden läßt?

### Von der internationalen Konferenz für Funkentelegraphie.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „Daily Mail“ erhält aus Berlin Nachrichten über die Konferenz für Funkentelegraphie, die unrichtig sind und Irrtümern über den Gang der Beratung hervorgerufen können. Die Wahrheit ist, daß bei allen Beteiligten ohne Ausnahme das ernstliche Bestreben auftrage tritt, über die schwierige Frage der Konferenz zu einer befriedigenden Verständigung zu kommen. Ebenso wenig ist die Nachricht eines italienischen Blattes zutreffend, daß Deutschland gegen die Ernennung Marconis zum Vertreter Montenegros gegenwärtige Schritte getan habe.

### Die Lage in Rußland.

Die Monarchistenpartei in Moskau sandte an König Edward von England eine Telegramm mit dem Ausdruck der Zuversicht, daß weder der König noch das englische Volk eine ausländische Abordnung, welche König und Volk beleidigen müßte, auf englisches Gebiet zulassen würden. Die angekündigte englische Deputation wolle aber vor Gericht gestellte Auftritte gegen den selbstherrlichen Kaiser begründen, und darin erblickten die Russen von Moskau eine Beleidigung des ganzen russischen Volkes. Die Monarchistenpartei gebe sich der Hoffnung hin, daß König Edward einer solchen Beleidigung vorbeugen und seine Antipathie gegen die Entsendung der Deputation ausdrücken werde, welche Feindschaft zwischen das englische und russische Volk säen könne, da die Abordnung offenbar den Zweck habe, die